

Sachsenzeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Abonnementpreis: Bei Abnahme in Vorauszahlung 10 Mark im Monat, bei Zahlung nach dem Monat 12 Mark. Einzelnummern 15 Pf. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 111 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag 13. Mai 1924

Europäische Konferenz.

„Trauen“ war zurzeit eigentlich gar nichts los, denn alles wartete auf das Ergebnis der französischen Kammerwahlen. Poincaré wartete darauf, und Macdonald tat es. Italien wartete das Resultat ebenso ab wie Amerika, bzw. die amerikanischen Finanzmänner. Man hat gerade in Frankreich das Ergebnis der deutschen Wahlen mit ihrem Aus nach rechts keineswegs so aufgenommen, wie es bei uns vor dem 4. Mai prophezeit worden ist. Man hat aus diesem Ergebnis jenseits des Rheins keineswegs ein wildes Wahlschlagwort gemacht, sondern es merkwürdig „gefaßt“ aufgenommen. Naun, daß hier und da die Parole ausgegeben wurde, daß man nun auf den „Siege des Revandegedankens“ in Deutschland mit einer schärferen politischen Tonart, also durch Unterstützung, durch Wiederkehr des bloo national in der französischen Deputiertenkammer antworten müsse. Wenn Poincaré selbst in einer neulichen Rede die Äußerung tat, daß Frankreich im Hinblick auf das deutsche Wahlergebnis weniger denn je daran denken könne, vor Ableistung der Gesamtzahlungen Deutschlands das Ruhrgebiet zu räumen, so ist er darin nicht gerade originell. Denn mit irgendeiner anderen „Begründung“ pflegt er ja diese Ablehnung jeder Räumung seit 14 Jahren zu verurteilen.

Also hat sich irgend etwas Wesentliches zurzeit nicht geändert, wenn man als neueste Neuigkeit nicht mitteilen will, daß Macdonald seinen französischen Kollegen, Herrn Poincaré, darum gebeten hat, ihn doch recht bald in London aufzusuchen. Denn er sei durch parlamentarische Arbeiten verhindert, selbst nach Paris zu kommen. Poincaré hat denn auch seinen Besuch für den 20. Mai, also acht Tage nach den Wahlen, zugesagt und wird an diesem Tage mit Macdonald in Chequers eine Unterredung haben, die — natürlich! — einen „völlig privaten“ Charakter haben wird. Vermutlich werden sie sich über die beste Methode des Fischfangens oder des Goldspielens unterhalten!

Verhandelt werden soll nun dort über eine Vollkonferenz der europäischen Staaten, die im Juni stattfinden, und an der wohl auch die Vereinigten Staaten teilnehmen sollen. Denn die Befehle der Sachverständigen sind doch nur als „geleitete Grundlage“ für weitere Verhandlungen anzusehen, und diese, die im Schoß der Reparationskommission eingeleitet wurden, sollen nun vor den Areopag einer großen europäischen Konferenz geschleppt werden. So wünscht es der völkerbundfreundliche Macdonald; er hofft offenbar, Poincaré gleichfalls dazu zu bewegen.

Ob der das tut, hängt natürlich ganz von den französischen Kammerwahlen ab. Es ist ja so außerordentlich bezeichnend, daß Macdonald es gesehen ist, daß die Unterredung erzwang. Schon das gibt ein Bild über das politische Schwergewicht, das sich in jedem der beiden Ministerpräsidenten verkörpert. „Ich kann warten“ — das ist die Stärke Poincarés. Und man kann darum auch verstehen, daß Morgan in Amerika in der Frage der deutschen 800-Millionen-Mark-Anleihe so überaus zurückhaltend ist, die politische Entwicklung der Dinge auf dem alten Kontinent ruhig abwarten will, ehe sich wirklich — noch sehen wir nichts davon — der Dollar aus den Taschen amerikanischen Anleihezeichner nach Europa hinüber in Bewegung setzt.

Nun werden am 18. Mai die belaischen Minister auch mit Mussolini zusammentreffen; sie werden dann wieder nach Paris fahren, um dort von neuem mit Poincaré zu verhandeln. Überall geht es hin und her zwischen Rom und Brüssel, London und Paris; und wir? Wir haben nur dabeizusehen und zu warten, vor allem aber sofort zu unterzeichnen, was jene anderen über uns beschließen. Denn die Konferenz der europäischen Staaten soll ja wohl bloß den Punkt über das von den Großmächten geschriebene „I“ machen.

Französische Forderungen.

Die Vollkonferenz der europäischen Mächte soll, nach englischen Stimmen, in England, und zwar Mitte Juni stattfinden. Bei der Zusammenkunft zwischen Macdonald und Poincaré würden die französischen Bedingungen für die Teilnahme an der Vollkonferenz, wie aus Paris gemeldet wird, folgendermaßen dargelegt werden:

1. Der Sachverständigenbericht muß sobald wie möglich umändert durchgeführt werden.
2. Deutschland muß die erforderlichen Gesetze annehmen und den Plan zur Durchführung bringen, bevor die französisch-belgische Verwaltung und Kontrolle aufgegeben werden kann.
3. Die Beendigung der französisch-belgischen Regierung im Ruhrgebiet bedeutet nicht eine militärische Räumung. Diese wird nur entsprechend den tatsächlichen deutschen Zahlungen durchgeführt werden.
4. Die Räumung des Rheinlandes hängt nicht nur von den jährlichen Reparationszahlungen ab, sondern auch von der militärischen Entwaffnung Deutschlands, die eine sehr dringende Frage bleibt.

Die Wahlen in Frankreich: große Erfolge der Linken

Paris, 12. Mai. Die ersten Wahlergebnisse sind soeben eingetroffen. Departement der Mos: Die Liste Maginot hat die absolute Mehrheit. Die ganze Liste ist gewählt, sie gehört zum Nationalen Bloo und zur Partei der Republikaner. Departement Calvados: Die Liste des Nationalen Bloos hat die absolute Mehrheit erreicht. Departement Eure et Loire: Die Liste des linken Kartells hat gesiegt, jedoch ohne die absolute Mehrheit zu erhalten. Genaueres über das Resultat liegt noch nicht vor, soviel ist aber bestimmt, daß der frühere Innenminister Renauro geschlagen ist. Departement Vorene: Auch in diesem Departement hat, soviel jetzt bekannt ist, das Kartell der Linken gesiegt. Genaue Resultate liegen noch nicht vor.

Paris, 12. Mai. Im Departement Calvados hat der Nationalistenbloo gesiegt. Im Departement Cantal wird dagegen ein Erfolg des Bloos der Linken gemeldet. Der Bloo der Linken hat gleichfalls im Departement Vorene gesiegt. In Paris hat laut der Journieragentur im ersten Wahlsektor die Liste Papro, Nationalistenbloo, die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Die Liste Tait, Nationalistenbloo, steht an erster Stelle im zweiten Sektor. Im dritten Sektor verzeichnet die Liste Rollin, Nationalistenbloo, einen kleinen Vorsprung vor der Liste Painlove, Bloo der Linken. Darauf folgten die Listen Verton, Kommunisten, und Braoe, Sozialisten. Der Nationalistenbloo scheint die meisten Stimmen in Paris davon getragen zu haben, der Linke Bloo und die Kommunisten folgen ihm jedoch auf dem Fuße. In den Pariser Vororten scheinen die Kommunisten beträchtlich gewonnen zu haben. Die Wahlbeteiligung in Paris betrug 80-85 v. H. Im ersten Sektor gaben mehr als 125 000 Wähler ihre Stimme ab, im zweiten Sektor wählten 172 000, im dritten 203 000, was den vierten anbelangt, so sind hier die Ziffern noch nicht bekannt.

Paris, 12. Mai. Aus der Provinz liegen weitere Wahlergebnisse vor, die auf einen gewaltigen Sieg der Linksparteien schließen lassen. Der Bloo der Linken hat namentlich in den nachstehenden Departements die Mehrheit erhalten. Departement Du Bar: Hier haben die vereinigten Sozialisten unter Führung von Renaudel die absolute Mehrheit mit 30 000 Stimmen gegen 20 000 Stimmen des republikanischen Verbandes erhalten. Die Liste der kommunistischen Partei erzielte 4000 Stimmen. Departement Orre et Loire: Der frühere Innenminister Renauro ist geschlagen. Departement De la Drome: Von 40 000 abgegebenen Stimmen hat der Linksbloo 24 500 erhalten, der republikanische Verband nur 13 500 und die Kommunisten 1350. Departement Tarn et Garenne: Sieg der Vereinigten Sozialisten. Departement De la Haute Vienne: Die Liste der sozialistischen Partei hat hier die absolute Mehrheit erhalten. Departement Loire: Obwohl die ziffermäßigen Resultate noch nicht bekannt sind, scheint es, daß auch hier die Liste des nationalen Bloos von der der Linksparteien geschlagen worden ist. Lesevre, der frühere Kriegsminister, ist geschlagen. Im Departement Lot ist der frühere Radikalsozialist Molvi gewählt worden. Departement Correco: Der frühere Finanzminister De Laforest ist geschlagen. Departement Allier: Hier hat der frühere Unterstaatssekretär Vidal mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es scheint, daß er geschlagen ist.

Der deutsche Tag in Halle.

Halle, 11. Mai. Der ungeheure Zustrom der an die hunderttausend zählenden Teilnehmer von nah und fern gestaltete den Tag der Einweihung des wieder errichteten Moltke-Standbildes zu einem nationalen Wehertag. Während die Mehrzahl der Teilnehmer sich zur Pferderennbahn hinaus bewegte, begaben sich die Fahnenabteilungen der Studentenschaft und aller beteiligten vaterländischen Verbände von hier und aus dem Reich mit mehr als 1600 Fahnen zur Teilnahme an dem Wehertag nach dem Platz am Denkmal. Inzwischen waren dort die zahlreichen Ehrengäste erschienen, unter ihnen Prinz Oskar von Preußen. Nachdem die unübersehbare Menge der Fahnenträger sich um das Denkmal gruppiert hatte, begann um 12 Uhr der eigentliche Wehertag, eingeleitet durch den gemeinsamen Gesang des Niederländischen Dangebets. Oberstleutnant a. D. Düsterberg hielt die Weherede. Die Absicht der Zerstörung des Denkmals sei gewesen, eine blutige Auseinandersetzung im Deutschen Reich auszulösen. Aber die Pubentat habe eine ungewollte Wirkung gehabt. Die nationalen Kreise seien aufgerüttelt worden. Der Redner verwies sodann, anknüpfend an Deutschlands große Erinnerungen, auf die politische Zerrissenheit im Innern und die Ohnmacht nach außen, die nach dem Weltkriege in Deutschland eingetreten seien. Weber das Weltgewissen noch der Völkerverbund, weder die zweite noch die dritte Internationale hätten verhindert, daß man Deutschland allen feierlichen Zusicherungen zum Trost immer weiter entrechtet und verflucht habe. Das Leben der drei Männer, die uns das Denkmal zeigt, vor allem Moltkes Leben, muß, so fuhr der Redner fort, uns ein Ansporn in dieser trüben Zeit sein, und Moltkes Wahlspruch: „Mehr sein als scheinen“ muß der heranwachsenden Jugend auf dem schweren Wege vorleuchten. Die heilige eiserne Befreiung Deutschlands wird nur durch bewußte Rückkehr zu den stillen Grundtugenden erreicht werden, die Preußen-Deutschland einst groß gemacht haben. „Pflichttreue im höchsten, eiserne Fleiß, reiflose Hingabe, freiwillige Mannesucht, vorbildliches soziales Verhalten und glühende Vaterlandsiebe werden uns den harten Weg zur Freiheit erfolgreich gehen lassen.“

Die überwiegende Mehrzahl der Hanauer Bergleute für Wiederaufnahme der Arbeit.

Hamm, 11. Mai. Wie die Rheinisch-westfälische Zeitung hört, haben einzelne Belegschaften eine geheime Abstimmung vorgenommen, ob die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen werden soll. Die Abstimmung einer Belegschaft einer im Hammer Revier gelegenen Zeche ergab bei der Nachsicht eine überwiegende Mehrheit für Wiederaufnahme der Arbeit, nur 13 Stimmen waren dagegen.

Die Berliner Börse.

Berlin, 12. Mai. Das französische Wahlergebnis, das einen gewissen Erfolg der Linken darzustellen scheint, verstärkt in Bank- und Börsentreibern die Ansicht, daß eine ruhigere und sachlichere Entwicklung des Reparationsproblems möglich werden wird. Auch die allgemeine Meinung bei Eröffnung der Kölner Messe spricht sich nach dieser Richtung hin aus. Dem stehen auf innerpolitischem Gebiete eine Reihe von Gefahrenpunkten gegenüber, die immer wieder hervorgehoben werden; so vor allem der Bergarbeiterstreik. Täglich Geld ist heute zu etwas höheren Sätzen pro Mille. Auch Geld für längere Fristen ist immer noch zu bekommen. Man hält auch für die nächsten Tage Erklärungen und Anfordungen, die natürlich auf dem Kursniveau drücken werden. Für durchaus wahrscheinlich. Heute scheint die Spekulation auf Grund des erleichterten Marktes eine gewisse Kaufneigung zu bekommen, zumal man die Kurse für stark entwertet hält.

Der Krieg in Marokko.

Paris, 12. Mai. Aus Madrid liegt ein offizielles Kommuniqué vor, wonach vorgestern in Marokko zwischen Spaniern und Rifflanten beständige Kämpfe stattgefunden haben. Den Spaniern ist es gelungen, ein Fort bei Sidi-Moussa nach heftigem Gefecht zu nehmen. Auf Seiten der Spanier sind 3 Offiziere getötet und 2 verwundet worden. Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten beläuft sich auf 70.

Die Wahlen in Japan.

London, 12. Mai. Nach einem Telegramm aus Tokio stellen sich die letzten Wahlergebnisse folgendermaßen: Konfessai 37 Abgeordnete, Sei Gu Kai 21, Katshin Club 8, Sei Yu Dento (Regierungspartei) 16, Unabhängige 16, Geschäftspartei 6. Der frühere Unterrichtsminister Matsubashi ist geschlagen. Aus allen Teilen Japans wird gemeldet, daß es bei den Wahlen zu Unruhen gekommen ist. Es sollen mehr als 10 Tote und 100 Verwundete gegeben haben. Da das neue Parlament nicht vor dem 20. Juni zusammentritt, glaubt man, daß die Regierung bis dahin nichts über ihre Ansichten verkünden lassen werde.

Wir brauchen keine Revanche! Wir Deutschen haben auf allen Schlachtfeldern einer Welt von Feinden gegenüber siegreich standgehalten, wir verlangen aber — und das soll nicht nur Deutschland, nicht nur Europa, sondern die ganze Welt hören, auf Grund des ersten aller Völkerrechte, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes die Wiedervereinigung aller in Mitteleuropa lebenden Deutschen zu einem neuen großen Deutschen Reich. Dieses heilige Ziel werden wir und wenn notwendig, alle kommenden Geschlechter anstreben, bis wir es erreicht haben.

Nach dieser Wiederholung von Befall unterbrochenen Rede fiel unter dem Gelächte aller Kirchenglocken die Hülle von dem Standbild, das Oberstleutnant Düsterberg im Namen der Vereinigten Vaterländischen Verbände Mitteldeutschlands allen denen übergab, die den Ruhm und die Ehre Deutschlands, das Vaterland und seine stolze Vergangenheit über alles stellen. In das dreimalige Hoch auf das Vaterland fiel die Menae begeistert ein. Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandsliebes mit der neuen Schlusstrophe: Und im Anblick nun erst recht! begann der Abmarsch der Fahnenkolonnen nach der Pferderennbahn.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Schupo und Kommunisten.

Halle, 11. Mai. Kurz vor der Denkmalsentheiligung durch die Kunde von einem schweren blutigen Zusammenstoß der Kommunisten mit der Polizei die Stadt. Leider bewahrheitete sich die Nachricht. Ein mehrere Hundert zählender Trupp Arbeiter, die von Leipzig kamen, stieß in Hallberg bei Halle auf die Schupo. Die Arbeiter überfielen die Polizei, wobei mehrere Schüsse fielen, die von der Polizei erwidert wurden. Es entwickelte sich dann eine regelrechte Schießerei, bei welcher es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Wie es heißt, sind auf Seiten der Kommunisten 9 Tote und 12 Verwundete, auf Seiten der Schupo 2 Tote und 6 Verwundete zu verzeichnen. Einem Beamten, der beim ersten Zusammenstoß fiel, brachte man mehrere Stiche in den Unterleib bei; nicht genug damit, man zerschmetterte ihm außerdem die Beine, so daß er schwerverletzt nach der Klinik gebracht werden mußte. Ueber 100 Kommunisten wurden verhaftet und nach Halle geführt.

Im Maien.

Ein Wunder ist entstanden
Im holden Lenz am Baum.
Es ist in allen Landen
Ein einziger süßer Traum.
Die Knospeln zart sich regen,
Vott schreitet durch die Welt.
Schon spürt du seinen Segen,
In Wald, in Flur und Feld.
Und aus dem Herzen klingen
Ein innig Loblied nur,
Nun jubelt es und singet:
Wie schön bist du, Natur!

Bedingungen für einen Volksentscheid.

Die gesetzlichen Bestimmungen.

Ein Volksentscheid, wie er jetzt von der Sozialdemokratischen Partei über die Frage des Sachverständigenrats beantragt wird, kann auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung stattfinden. Absatz 3 des Artikels 73 sagt:

Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf zugrundeliegen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der beehrte Gesetzesentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist.

Die Sozialdemokraten kündigen die sofortige Einreichung eines Gesetzesentwurfes an, der die Annahme des Sachverständigenrats fordert.

Der Reichsminister des Innern muß den Antrag über den Volksentscheid im Reichsanzeiger veröffentlichen und dabei Beginn und Ende der Eintragungsfrist festsetzen. Die Frist beginnt frühestens zwei Wochen nach Veröffentlichung der Zulassung; sie soll in der Regel 14 Tage umfassen. Die Reichstagswähler, die den Antrag unterstützen wollen, müssen sich eigenhändig in Eintragungslisten einzeichnen, die von den Antragstellern zu liefern und von den Gemeindebehörden auszuliefern sind. Hat ein Zehntel der Reichstagswähler sich in die Listen eingetragen, so muß die Reichsregierung unverzüglich den Gesetzesentwurf im Reichsanzeiger einbringen. Die Reichsregierung bestimmt sodann den Abstimmungstag und veröffentlicht ihn sowie den Gegenstand des Volksentscheides und den Ausdruck des Stimmzettels im Reichsanzeiger. Die Abstimmung geht auf dieselbe Weise vor sich wie bei der Reichstagswahl. Jeder Reichstagswähler ist stimmberechtigt. Die Stimme lautet nur auf Ja oder Nein. Abgestimmt wird mit amtlich gefertigten Stimmzetteln in amtlich gestempelten Umschlägen. Die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entscheidet.

Ungünstiges Urteil der Presse.

In der bürgerlichen Parteipresse fast aller Richtungen wird der Beschluß der Sozialdemokratie über den Volksentscheid abfällig besprochen. Das Berliner Tageblatt (demokratisch) hält die Idee für sehr wenig glücklich und den Versuch, die Verantwortung von den Parteien abzuwälzen, für einen politischen Fehler. Die Volkliche Zeitung (demokratisch) hält den Antrag für taktisch unglücklich. Die Germania sagt, der Beschluß der Sozialdemokraten erscheine wenig überlegt. Die Kreuzzeitung (deutschnational) schreibt, außenpolitisch sei der Beschluß eine große Dummheit. Die Deutsche Allgemeine Zeitung (rechtsstehend) bezeichnet den Beschluß als eine tölpelhafte Spielerei oder als politische Frivolität.

Dr. Jarres über den Volksentscheid.

Der Reichsinnenminister Dr. Jarres erklärte zu dem Volksentscheidbegehren der Sozialdemokratie, auf die Frage, ob das Volksbegehren in diesem Falle zulässig sei, das Rechte sich erst

Am Herenweg.

Roman von F. Klind-Sätersburg.

(Nachdruck verboten.) (Alle Rechte vorbehalten.)

„Rein — der weiß nichts davon“, sagte Friederike unwirsch. „Daß nun das Nachtragen sein. Ich habe mir noch lange nichts vorzuwerfen. Daß ich mit Garret da gegangen bin, war nicht so schlimm. Er hat mich freien wollen und der Vater wollte nichts davon wissen. Wir mußten uns doch einmal aussprechen, und ich hatte gesagt, daß ich ihn vor dem Dorfe treffen wollte. Wir sind dann nach dem Herenweg gegangen, weil dort keine Leute gehen. Ich bin auch immer ein ganzes Stück Weges vorausgegangen, damit mich keiner mit ihm sehen sollte.“

„Warum hast du Leihhold Geld gegeben?“ Peter Ranzhus Stimme war vollständig heiser vor Erregung.

„Das geht dich nichts an, es ist nicht von deinem Gelde. Leihhold sieht manches Mal in der Klemme, und dann habe ich ihm was geborgt. Er bezahlt es aber auch wieder. Das geht gar nicht anders. Und nun frag' nicht mehr. Du weißt wahrlich was feines für so eine Fahrt ausfindig zu machen.“

„Friederike, die Sache ist zu ernst, als daß wir uns darüber hinwegsehen könnten. Wenn Leihhold in jener Nacht am Herenweg gewesen ist, so hat er auch um den Meid gewußt!“

„Ach was, es ist so, wie ich dir sage“, sagte Friederike geringschuldig. „Leihhold! Du denkst wohl gar, der könnt's gewesen sein. Der — sicher nicht! Den werfe ich mit einer Hand um.“

Der Rechtsanwalt nahm von weiteren Fragen Abstand, um nicht den berechtigten Zorn seiner jungen Frau zu erregen. Seine Seele war aber erfüllt von schlimmen Vorstellungen und er blickte besorgt einer Zukunft entgegen, die er sich selbst erwählt, um sich vor den Widerwärtigkeiten des Lebens, vor einem peinigenden Ringen nach einer Erlösung zu schützen.

11.

Die junge Ehe des Rechtsanwalts Peter Ranzhus entsprach nach seiner Seite den Erwartungen, welche sich an

beantworten, wenn der betr. Gesetzesentwurf vorliege. Auf die weitere Frage, ob es möglich sei, daß eine große Partei eine Angelegenheit unmittelbar, d. h. ohne vorherige Beschlußfassung, des Reichstages, zum Volksentscheid bringe, antwortete der Minister, daß sie nach der Verfassung nicht zulässig; nach der Verfassung kann dies nicht einmal die Reichsregierung und auch nicht der Reichspräsident. Es ist aber zu beachten, daß ein verfassungsänderndes Gesetz im Reichstage zwei Drittel Mehrheit erfordert. Beim Volksentscheid genügt dagegen für eine Verfassungsänderung die einfache Mehrheit aller Wähler, d. h. er nicht nur derjenigen, die sich an der Abstimmung beteiligen, sondern aller Stimmberechtigten. Es kann also auf diese Weise möglicherweise von Parteien eine Verfassungsänderung auf dem Wege der Volksabstimmung durchgeführt werden, auch wenn sie nur über eine einfache Mehrheit im Reichstage verfügen, vorausgesetzt, daß sie eine große Abstimmungsabstimmung erzielen. Der Minister hält die Angelegenheit des Volksentscheides noch nicht für reif zu einem Volksentscheid.

Abgeordnete des neuen Reichstages.



Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Nationalliberalen Vereinigung und der Deutschvölkischen Partei.

Zur hannoverschen Abstimmung.

Stellung der Deutschnationalen Partei. Berlin, 11. Mai.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat Kenntnis von den Erklärungen der hannoverschen Landesverbände der Partei zur hannoverschen Abstimmungsforderung genommen und gibt die Stellung der Gesamtpartei wie folgt kund:

Deutschlands Wiederaufbau ist nur auf der Grundlage eines ungeschälteren, einigen Preußens möglich. Es bleibt die Aufgabe Niedersachsens, die einigende, uns verbindende Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Wer Hannover aus dem preußischen Staatsverbande löst, erschüttert die Grundlagern Preußens und damit des Reiches nach Ost und West. Die Wahlen am 4. Mai haben gezeigt, daß das deutsche Volk, das insbesondere die Preußen von den Irrungen der Revolutionszeit den Weg zu einem klaren unbedingten Staatsbewußtsein wiedergefunden haben. Die Folge muß für das Reich wie auch für Preußen eine Regierung des Willens, der Autorität und Ordnung sein. Damit entfallen alle Vorwürfe, mit

denen die Wortführer hannoverscher Sonderbestrebungen ihre Ziele zu begründen suchten. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei erwartet demgemäß von allen ihren Mitgliedern und Anhängern, daß sie am 18. Mai 1924 ihre ganze Kraft für die Erhaltung eines einigen ungeteilten Preußens einsetzen und als erste Kundgebung ihrer Stellung bei der Vorabstimmung mit Nein stimmen.

Weitere Kundgebungen.

Die Zentrumspartei für die besetzten Gebiete, die Deutsche Volkspartei für die besetzten Gebiete, die Deutschnationalen Volkspartei für die besetzten Gebiete und die Deutsche Demokratische Partei für die besetzten Gebiete erlassen eine Kundgebung an die Bevölkerung Hannovers, sich bei der Abstimmung gegen die Versuche zur Auflösung eines preußischen Landessteils auszusprechen, da die Reichseinheit dadurch scharf bedroht werde. Die schwere Not unseres Landes erfordere von allen deutschen Stämmen Zurückstellung aller Sonderpläne und Opfer auch an vermeintlich berechtigten Forderungen im höheren Interesse unseres geliebten großen Vaterlandes.

Die Industrie- und Handelskammer zu Hannover wendet sich in einer Erklärung ebenfalls gegen alle Ablösungspläne, die auch für Handel und Industrie verhängnisvoll werden müßten.

Aus der Beamtenwelt

Um rege Mitarbeit der interessierten Kreise wird gebeten

Ein Meisterstück der Personalpolitik.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund schreibt uns:

Der Regierungsrat Forchardt im Volksbildungsministerium ist unter dem 1. Mai d. J. auf die Stelle eines Kassendirektors an die Technische Hochschule versetzt worden. Diese Maßnahme des Volksbildungsministeriums ist ebenso unökonomisch wie unwirtschaftlich. Da Reg.-Rat Forchardt im Ministerium die Stellung eines Sachreferenten bekleidete, wie dies zum Aufgabekreis eines Regierungsrates gehört, stellt die Uebertragung einer gehobenen Kassendirektorenstelle auf einen Referenten eine Degradierung dar. Diese ist umso weniger gerechtfertigt, als es sich nach der eigenen Aussage des Volksbildungsministeriums einer größeren Abordnung gegenüber um einen Beamten handelt, dessen Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit außer Zweifel stehen. Reg.-Rat Forchardt ist einer der wenigen Beamten des Expeditionsdienstes, die im Verlaufe der Demokratisierungsversuche in der Verwaltung emporgestiegen sind und den Beweis erbracht haben, daß ein gut Teil der Arbeit, die heute in Händen von Verwaltungsjuristen liegt, von Beamten mit nichtakademischer Bildung ebenso gut verrichtet werden kann. Zufälligerweise stand jedoch Reg.-Rat Forchardt an führender Stelle in einer Beamtengewerkschaft, die von jeher in diesem Sinne für eine Demokratisierung der Verwaltung eingetreten ist. Er mußte infolgedessen mit der Prestigepolitik gewisser Interessentenkreise in Konflikt geraten. Hier liegt das eigentliche Motiv der ihm widerfahrenen Maßregelung. Ein Regierungsrat in Gruppe X gibt sein Arbeitsgebiet an akademische Beamte der Besoldungsgruppen XI und XII ab, nachdem ihm schon kurze Zeit vorher ein von ihm erfolgreich bearbeitetes und früher ebenfalls von Verwaltungsjuristen verwaltetes Arbeitsgebiet abgenommen worden war, um es wieder in die Hände von Juristen der Gruppe XII zurückzuliegen. Solange nicht sachliche, sondern tendenziöse Erwägungen in der Verwaltung den Ausschlag geben, wird an eine Rationalisierung der Staatsbetriebe nicht zu denken sein. Die Zukunft wird lehren, ob dies der einzige Fall bleiben wird. Die Beamtenenschaft hat es in der Hand.

Landwirtschaftliches

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag in Darmstadt.

Auf der Tagung war unter den Ehrengästen auch der frühere Großherzog erschienen. Ferner sah man Vertreter der Regierung und der Stadt Darmstadt. Präsident Johannsen gibt bei Eröffnung ein kurzes Bild über die Entwicklung des Genossenschaftswesens

von der beabsichtigten Entwicklung der Landwirtschaft mochte von Kollegen nicht gerade mit freudlichen Worten begrüßt worden sein; aber er hatte doch wenigstens den Wunsch, den gehofft. Aber selbst dieser bescheidene Wunsch wurde noch immer seiner Erfüllung, und um so leuchtender waren ihm Friederikens Vorzüge erschienen, die in ihrem Reichtum gipfelten.

Reichtum und Schönheit waren ihr geblieben. Daß sie andere Vorzüge nicht besaß, hatte er während der kurzen Zeit seiner Verlobung bereits erfahren. Er vermisse an ihr alle Eigenschaften, die er in einem glücklichen Alter großmütig den Frauen zuerzählt und die er auch jetzt noch als ihre schönsten betrachtet haben würde. Dennoch war er überzeugt gewesen, daß nur das Zusammenleben mit einem alten, gelähmten Vater unvorteilhaft auf sie gewirkt habe und daß es ihm mühelos gelingen werde, ein besseres Selbst, dessen auch sie gewiß nicht ermangelte, zu wecken.

Er sah sich in seiner Erwartung getäuscht, aber er gab sich noch dem Glauben hin, daß er selbst Schuld an einer Entfremdung sei, die sich seit dem Tage seiner Verbindung mit Friederike zwischen ihm und ihr auffällig vollzog. Das änderte indessen an der Tatsache nichts, daß das erwartete Glück sich als eine Seifenblase erwies und seine glänzende eingerichtete Privatwohnung ihm in kurzer Zeit zu einer Stätte geworden war, die er so viel als möglich mißte. Peter Ranzhus hatte sich unendlich wohl gefühlt, als er, nach vergeblich durchschrittenen Sprechstunden, ein billiges Wohnhaus aufgesucht, um dort für wenige Groschen seinen Leib zu häuten. Der Schluß der Vorkaufstunden brachte ihm jetzt keine Erholung mehr.

Die Hochzeitsfahrt hatte eine böse Nachwirkung gehabt, wie er sich selbst gestand. Er hatte an dem darauf folgenden Tage noch einmal auf die während derselben geführten Unterredung zurückkommen wollen, war aber von seiner jungen Frau mit zornigen Worten zurückgewiesen worden.

„Das Fragen nützt dir nichts, ich sage dir nur gerade soviel, wie ich dir sagen will“, hatte sie ihm in leiserem Tone erwidert. „Das kannst du dir merken.“

(Fortsetzung folgt.)

